

Hintergrundinformationen
30. Januar 2008

Die Internationale Konferenz für Entwicklungsfinanzierung

Im März 2002 beriefen die Vereinten Nationen erstmals ein Gipfeltreffen ein, um finanzielle und damit verwandte Themen der globalen Entwicklung zu behandeln.

Die Resolution 54/196 der Generalversammlung vom Dezember 1999 gab die wesentlichen Ziele der Konferenz für Entwicklungsfinanzierung vor: Nationale, internationale und systemische Belange, die mit Entwicklungsfinanzierung verknüpft sind, sollten ganzheitlich diskutiert werden unter Einbeziehung der Antriebskräfte der Globalisierung und gegenseitiger Abhängigkeiten. Außerdem sollten Maßnahmen zur Sicherstellung von ausreichenden Finanzmitteln ergriffen werden, die zum Erreichen der von den maßgeblichen Konferenzen und Gipfeltreffen der Vereinten Nationen in den neunziger Jahren gesetzten Ziele nötig sind.

Im September 2000 versammelten sich die Staats- und Regierungschefs auf dem Millenniumsgipfel, mit dem festen Entschluss, „keine Mühen zu scheuen, um einen Erfolg des Treffens sicherzustellen“.

Eine beispiellose Besonderheit des Prozesses war die aktive Teilnahme der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds und der Welthandelsorganisation in einem von der UNO geleiteten Prozess der Entwicklungsfinanzierung. An der Konferenz und ihrer Vorbereitung waren auch die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD), das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), die fünf Regionalkommissionen und andere Abteilungen des UNO-Systems beteiligt, hinzu kamen Vertreter der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft.

Agenda der Entwicklungsfinanzierung

Mit Blick auf den Kontext, in dem Entwicklungsfördermittel erzeugt und eingesetzt werden, wurden sechs Kernbereiche zur Diskussion und Entscheidungsfindung ausgearbeitet:

1. *Mobilisierung inländischen Kapitals*

Der Großteil des Entwicklungskapitals eines Landes wird innerhalb der eigenen Grenzen gewonnen. Leistungsfähige Rechtsorgane, Steuersysteme, öffentliche Verwaltung und finanzielle Infrastruktur sind nötig um öffentliche und private Mittel zu mobilisieren und wirkungsvoll einzusetzen, um die soziale und wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben.

2. *Mobilisierung ausländischer Direktinvestitionen und weiterer privater Finanzzuflüsse*

Zusätzlich zu den Binnenressourcen müssen die meisten Entwicklungsstaaten ausländisches Kapital erschließen, um den Bedarf für Schlüsselinvestitionen zu decken. Dies erfordert zunehmend, private Mittel aus dem Ausland, darunter ausländische Direktinvestitionen, Wertpapierinvestitionen und Bankdarlehen, anzuziehen. Die größte Herausforderung ist hierbei das Ausmaß zu steigern und die Reichweite der Zuflüsse zu erweitern ohne dabei ihre Beständigkeit zu gefährden.

3. *Internationaler Handel*

Handelsgewinne sind eine der besten Möglichkeiten um Wirtschaftswachstum zu fördern und Armut auszurotten, besonders wenn sie die Wirtschaftsakteure dazu ermutigen, ihr produktives Potenzial voll auszuschöpfen. Die weiterhin andauernde, schnelle Ausweitung des Handels ist allerdings nicht gesichert und viele Entwicklungsstaaten haben bis heute nur geringe Vorteile durch die Öffnung ihrer Märkte erhalten.

4. Entwicklungshilfe

Entwicklungshilfe ist für die Entwicklung vieler Staaten mit niedrigem Einkommen weiterhin entscheidend. Zusätzliche Unterstützung ist erforderlich, wenn die Welt ihrer Verpflichtung im Rahmen der Millenniums-Entwicklungsziele zur Verringerung der Armut und Förderung der menschlichen Entwicklung nachkommen will.

5. Schuldenerlass

Obwohl ein erheblicher Schuldenerlass durch die Initiative für hochverschuldete arme Länder betrieben wurde, hemmt hohe Verschuldung weiter die Entwicklung vieler Staaten. Gleichzeitig mit der Suche nach Lösungen für die gegenwärtigen Schuldenprobleme muss mehr dafür getan werden, um Entwicklungsstaaten vor der Schuldenfalle zu bewahren.

6. Internationale Währungs-, Finanz- und Handelssysteme

Das Ausmaß und die zunehmende Häufigkeit finanzieller Krisen und Einbrüche in der globalen Wirtschaft haben seit der Gründung des Bretton-Woods-Systems vor einem halben Jahrhundert Rufe nach einer Reform der internationalen Finanzordnung laut werden lassen. Es gab Verbesserungen, doch weitere werden nötig sein. Eine Aufgabe ist dabei, Wege zur verbesserten Einbindung der Entwicklungsstaaten in internationale Wirtschaftsvorgänge zu finden. Die zweite Aufgabe besteht in einem verbesserten Zusammenhalt der Schlüsselinstitutionen des internationalen Finanzsektors, des Währungssystems sowie von Handel und Entwicklung. In dieser Hinsicht sollte die UNO in der Lage sein, eine effizientere Rolle in der internationalen Wirtschaft zu spielen.

Der Konsens von Monterrey

Als Wendepunkt der Entwicklungspolitik und -strategien hat der Konsens von Monterrey für Entwicklungsfinanzierung die Übereinkunft zwischen Nord und Süd über Prinzipien in den Bereichen Handel, Hilfsleistungen, Schulden, private, grenzüberschreitende Investitionen, internationale Finanzstrukturen, inländische Steuerverwaltung und die Verfügbarmachung von Ressourcen verfestigt.

Die Staats- und Regierungschefs, die sich in Monterrey versammelten, erklärten, dass das Erreichen internationaler Entwicklungsziele „eine neue Partnerschaft zwischen Industrie- und Entwicklungsstaaten benötigt“.

Der Konsens betont, dass die Verantwortlichkeit für Entwicklung zunächst bei jedem Staat selbst liegt. Unter dieser Voraussetzung verpflichteten sich alle am Konsens beteiligten Staaten zu solider Politik, den Prinzipien „verantwortungsbewusster Regierungsführung“ und der Rechtstaatlichkeit ebenso wie zum Anziehen von Investitionen und der Förderung des Handels. Dennoch müssen unter den Bedingungen eines weltweiten Wirtschaftssystems, in dem alle nationalen Wirtschaftssysteme miteinander verflochten sind, „nationale Entwicklungsbemühungen von einem förderlichen internationalen Wirtschaftsraum unterstützt werden.“

Weiterhin müssen die Herausforderungen der Globalisierung durch gemeinsame und zusammenhängende Maßnahmen, in die die Entwicklungsstaaten und die Industriestaaten vollständig einbezogen sind, bewältigt werden.

* * * * *

Pressekontakt:

Newton Kanhema
 United Nations Department of Public Information
 Tel.: (+1-212) 963-5602
 Fax: (+1-212) 963-1186
 E-Mail: kanhema@un.org

Umsetzung der Ergebnisse der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung und weitere Schritte

Überblick zum Bericht des Generalsekretärs (A/62/217)

1. Die Mehrzahl der Entwicklungsstaaten hat seit der Verabschiedung des Konsenses von Monterrey auf der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung bedeutende Fortschritte in ihrer makroökonomischen Politik und der finanzpolitischen Verwaltung erzielt. Die Indikatoren der Auslandsverschuldung haben sich in den meisten Staaten ebenfalls verbessert. Viele Staaten haben Fortschritte bei der Entwicklung des Finanzsektors gemacht, insbesondere bei der Förderung integrativer inländischer Finanzsektoren und verbesserter Finanzierungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen. Die Pro-Kopf-Ausgaben für soziale Absicherung steigen und der Anteil der Armen an der Weltbevölkerung sinkt, wenn auch nicht schnell genug um die Millenniums-Entwicklungsziele in vielen Staaten zu erreichen. Die Armut nimmt in einer Reihe von Staaten weiterhin zu und die Indikatoren zur weltweiten Einkommens- und Wohlstandsverteilung lassen deutlich zu wünschen übrig.
2. Der Zufluss privater Mittel in Entwicklungsstaaten hat wesentlich zugenommen. Dennoch hat sich die bedenkliche Konzentration von Schuldfinanzierung und ausländischen Direktinvestitionen nur unwesentlich geändert. Etwa ein Dutzend Entwicklungsländer nehmen weiter 70 Prozent dieser Kapitalströme auf. Wie in der Vergangenheit werden ausländische Direktinvestitionen in verschiedenen Staaten fast ausschließlich in den Sektor privater Verbrauchsgüter geleitet, allen voran in die Ölindustrie.
3. Der private Kapitalzufluss in Entwicklungsländer wird in naher Zukunft voraussichtlich auf vergleichsweise hohem Niveau bleiben; es ist aber unsicher ob dies auch weiterhin so bleiben wird. Eine abrupte Korrektur der weltweiten wirtschaftlichen Ungleichgewichte oder ein plötzlicher Rückgang der internationalen Liquidität könnte einen plötzlichen Stop oder sogar eine Umkehrung dieser Kapitalströme bedeuten. Wenn der letztere Fall eintritt, werden umfassende innenpolitische und koordinierte internationale Bemühungen nötig sein, um deutliche Verschlechterungen des Lebensstandards in Entwicklungsstaaten zu vermeiden.
4. Der internationale Handel hat sich vom bescheidenen Wachstum der Jahre 1997 bis 2001 erholt. Dennoch hat sich ein neuer Protektionismus herausgebildet und das Fehlen eines entscheidenden Fortschritts bei den Handelsgesprächen der Doha-Entwicklungsrunde der Welthandelsorganisation wirft Schatten auf das künftige Wachstum des internationalen Handels. Der Trend zu bilateralen Handelsvereinbarungen ist kein Ersatz für ein multilaterales Handelsrahmenabkommen.
5. Mit dem Konsens von Monterrey wurde der Trend zurückgehender Mittel öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit umgekehrt. Ein messbarer Anstieg neuer Mittel und ein massiver Schuldenerlass bis zum Jahr 2005 sind belegt. Es werden zunehmend neue Darlehen gewährt. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben sich Zwischenziele gesetzt – und diese erreicht – die sie gemeinsam das 0,7 Prozent-Ziel erreichen lassen wird. Große außereuropäische Industriestaaten verfehlen dieses Ziel noch immer deutlich. Unvergünstigte Leistungen Finanzströme haben zugenommen, bleiben aber unter dem Strich im Minus.
6. In den letzten Jahren wurde ein Schwerpunkt auf Verbesserungen der Effektivität von Hilfsleistungen gesetzt. Die bi- und mulilaterale Geberkoordinierung und

Harmonisierung wurde verbessert. Dennoch bleiben die effektive Eigenverantwortung von Programmen bei den Empfängern, niedrigere Transaktionskosten und die Vorhersehbarkeit von Hilfsmitteln weiter große Herausforderungen. Der Startschuss des Forums für Entwicklungszusammenarbeit unter Leitung des Wirtschafts- und Sozialrats hat das Potenzial, die Teilnahme an Bemühungen auszuweiten, um die Effektivität von Hilfen zu erreichen und dafür auch politisches Verantwortungsgefühl aufzubauen.

7. Während die Gesamtschulden von Entwicklungsstaaten wieder deutlich ansteigen, haben sich die Schuldenindikatoren verbessert. Bei den Staaten mit mittlerem Einkommen gab es einen deutlichen Trend von staatlicher zu privater Verschuldung. Diese Entwicklung wurde jedoch durch fehlende Liquidität auf den internationalen Märkten erschwert. Es ist zwar schwierig Art und Umfang von Risiken unter den neuen Bedingungen abzuschätzen, Beobachter bemerken jedoch, dass die Verwundbarkeit vieler Länder zuzunehmen scheint.
8. Die Erfahrungen der Initiative für hochverschuldete arme Länder aus dem Jahr 1996 zeigt, dass Schuldenerlass Entwicklungsprozesse positiv beeinflussen kann. Die multilaterale Initiative für den Schuldenerlass versucht die weitere Auslandsverschuldung hochverschuldeter armer Länder zu verringern und neue Mittel freizusetzen, um ihnen beim Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele zu helfen. Die Auswirkungen dieser Bemühungen sind zwar deutlich, es ist jedoch unklar ob sie ausreichen, um alle Staaten mit geringem Einkommen auf einen nachhaltigen Pfad der Schuldenrückzahlung zu führen, der wiederum angemessene Erfolge bei der Verringerung von Armut erlaubt.
9. Die Restrukturierung des internationalen Finanzwesens, um auf tief greifende Änderungen der Weltwirtschaft zu reagieren, ist weiter unvollendet. Dringend notwendig sind verbesserte Instrumente zur Krisenvorbeugung und -beilegung, sowie verstärkte multilaterale Beratungen zu verschiedenen Aspekten des internationalen Systems, darunter die weltweiten Ungleichheiten und effektive Instrumente um im Notfall Liquidität für Länder mit Zugang zu privaten Märkten bereitzustellen. sind dringend notwendig. Die Forderung, Entwicklungsstaaten eine gewichtigere Stimme und verbesserte Teilnahmebedingungen bei wirtschaftlichen Entscheidungsfragen zu gewähren wird im Internationalen Währungsfonds weiter diskutiert. Die Sachverständigengruppe für internationale Zusammenarbeit in Steuerangelegenheiten wurde im Jahr 2005 vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen einberufen und beginnt nun, sich Themen wie der Definition einer ständigen Institution für Steuerangelegenheiten, dem Informationsaustausch, der Kooperation beim Einfordern von Steuerschulden, dem Kampf gegen Steuerhinterziehung und der unsachgemäßen Anwendung von Steuerrechten zu stellen.
10. Sieben Jahre nach Beginn des 21. Jahrhundert hinterfragen viele die Rechtmäßigkeit und Effektivität internationaler Strukturen und politischer Ansätze, die weiter Kennzeichen der Zeit unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs tragen. Die Ergebnisse des Weltgipfels von 2005 (Resolution 60/1 der Generalversammlung), die die Ziele, Prinzipien und die Politik des Konsenses von Monterrey bestätigten, legen entscheidende Richtlinien zum Handeln in diesem kritischen Moment vor, insbesondere für die Vorbereitung der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung zur Überprüfung der Umsetzung des Konsenses von Monterrey im Jahr 2008 in Doha.

Kennzahlen der weltweiten Finanzmärkte

Anlagevermögen (Bankeinlagen, Schuldtitel, Wertpapiere)

	Gesamtwert aller weltweiten Kapitaleinlagen
12 Bill. USD	1980
53 Bill. USD	1993
118 Bill. USD	2003
140 Bill. USD	2005, einschließlich Anteilswerten und staatlicher und privater Schuldverschreibungen
200 Bill. USD	Weltweite Kapitaleinlagen im Jahr 2010 (extrapoliert)
50 Bill. USD	davon USA, 2005
30 Bill. USD	davon Eurozone, 2005
19,5 Bill. USD	davon Japan, 2005
5 Bill. USD	davon China, 2005
1,4 Bill. USD	davon Indien, 2005

Quelle: McKinsey „Mapping the Global Capital Market Third Annual Report“ 2007

Wertpapierbestände (Aktienmarkt)

	Weltweite Marktkapitalisierung
9,4 Bill. USD	1990
32,2 Bill. USD	2000
23,4 Bill. USD	2003
43,6 Bill. USD	2006
51,2 Bill. USD	März 2007
	Marktkapitalisierung der Staaten mit geringem Einkommen
166.928 Mio. USD	2000
944.645 Mio. USD	2006
	Marktkapitalisierung der Staaten mit mittlerem Einkommen
1.852.197 Mio. USD	2000
7.273.817 Mio. USD	2006
	Marktkapitalisierung der Staaten mit hohem Einkommen
30.168.757 Mio. USD	2000
38.980.586 Mio. USD	2006

Quelle: World Development Indicators 2007, Weltweite Marktkapitalisierung für das Jahr 2007, Reuters, zitiert auf der Grundlage von World Federation of Exchanges

Ausländische Direktinvestitionen (Unternehmensbeteiligungen und Anlagevermögen bevorzugt vor Aktienanteilen)

	Weltweite ausländische Direktinvestitionen
58 Mrd. USD	1985
209 Mrd. USD	1990
336 Mrd. USD	1995
1.336 Mrd. USD	2000
560 Mrd. USD	2003
1.230 Mrd. USD	Prognose 2006
	Ausländische Direktinvestitionen in Industriestaaten
171 Mrd. USD	1990
367 Mrd. USD	2003

800,7 Mrd. USD	Prognose 2006
	Ausländische Direktinvestitionen in Entwicklungsstaaten
37 Mrd. USD	1990
172 Mrd. USD	2003
367,7 Mrd. USD	Prognose 2006
	Anteil der Entwicklungsstaaten am weltweiten Aufkommen ausländischer Direktinvestitionen
17,7 Prozent	1990
30,7 Prozent	2003
35,0 Prozent	2006

Die Top-5 der Entwicklungsstaaten erhält mehr als die Hälfte der ausländischen Direktinvestitionen aller Entwicklungsstaaten.

Quelle: World Economic Situation and Prospects 2007

Handel

Durchschnittliche Wachstumsrate der Exporte

	1996 – 2000
4,8 Prozent	Industriestaaten
7,7 Prozent	Entwicklungsstaaten
	2001 - 2003
5,8 Prozent	Industriestaaten
7,4 Prozent	Entwicklungsstaaten
	2005
9,1 Prozent	Industriestaaten
23,5 Prozent	Entwicklungsstaaten
	2006 (Prognose)
13,3 Prozent	Industriestaaten
18,4 Prozent	Entwicklungsstaaten

Quelle: World Economic Situation and Prospects 2007

Öffentliche Entwicklungshilfe

	Gesamte öffentliche Entwicklungshilfe
58,8 Mrd. USD	1994
52,4 Mrd. USD	2001
79,4 Mrd. USD	2004
106,8 Mrd. USD	2005
103,9 Mrd. USD	2006

Quelle: Development Assistance Committee, OECD, 2007

	Anteil des kombinierten Bruttoinlandsprodukts der OECD-Länder für staatliche Entwicklungshilfe
0,33 Prozent	1992
0,23 Prozent	2002
0,26 Prozent	2004
0,33 Prozent	2005
0,30 Prozent	2006

0,7 Prozent UNO-Ziel des Anteils am Bruttoinlandsprodukt, zur Investition der Geberländer als öffentliche Entwicklungshilfe. Im Jahr 2005 haben 15 EU-Mitgliedstaaten sich verpflichtet, bis 2015 das Ziel zu erreichen. 2006 erreichten oder überschritten lediglich Schweden, Luxemburg, Norwegen, die Niederlande und Dänemark die Vorgabe.

Quelle: Development Assistance Committee, OECD, 2007

Staatsverschuldung

	Summe der Auslandsschulden der Staaten mit mittlerem Einkommen
1.020 Bill. USD	1990
2.363 Bill. USD	2005

	Summe der Auslandsschulden der Staaten mit niedrigem Einkommen
310 Bill. USD	1990
380 Bill. USD	2005

	Summe der Auslandsverschuldung der afrikanischen Staaten südlich der Sahara
176.568 Mio. USD	1990
214.841 Mio. USD	2005

Quelle: World Development Indicators 2007

* * * * *